

# **Die Deutschlandpolitik vom Mauerbau bis zum Mauerfall**

**Dr. Hans-Georg Wieck**

**Februar 2011**

## **INHALT**

### **I. Wirkfaktoren – Wirkkräfte**

**Die Vier Mächte und die Zukunft Deutschlands**

**II. Konfrontation und Modus Vivendi in Berlin und Deutschland – zur  
Vermeidung des Krieges**

**III. Tektonische Verschiebungen in der Weltlage**

**IV. Schlussfolgerungen**

# I.

## Wirkfaktoren – Wirkkräfte

### Die Vier Mächte und die Zukunft Deutschlands

1. Nach dem mit großen Opfern errungenen militärischen Sieg über Hitler-Deutschland und der Beseitigung der verbliebenen Partei- und Wehrmachtstrukturen sowie der vorläufigen Regelung von Territorialfragen und der Vereinbarung von Reparationsansprüchen im Sommer 1945 (Potsdam) traten sehr bald die unterschiedlichen Interessen und Ziele der Kriegsbündigten über die Zukunft Europas und Deutschlands deutlich zu Tage. Entscheidungen über Deutschland als Ganzes und über Berlin sowie die Fragen der Lufthoheit blieben den vier Siegermächten zur gemeinsamen Beschlussfassung vorbehalten. Im Übrigen aber hatten sich die drei (vier) Mächte im Abschlusskommuniqué der Potsdamer Konferenz vom August 1945 grundsätzlich uneingeschränkte Handlungsfreiheit in ihren jeweiligen Besatzungszonen bestätigt. Die in Aussicht genommenen zentralen deutschen Verwaltungseinrichtungen blieben auf dem Papier. Die Deutschland als Ganzes betreffenden Fragen würden zu gegebener Zeit, um mit den Worten mancher Beobachter zu sprechen, in einem historischen Prozess gelöst werden können, und damit auch die Grenzfragen und der Status von Berlin.

2. Die Bemühungen, die Dinge in Deutschland und Europa im Sinne der weltpolitischen und ideologischen Interessen und Ziele der Sowjetunion zu gestalten, scheiterten spätestens mit dem Mauerbau 1961. Der Mauerbau dokumentierte wie es die Niederwerfung von Aufständen in Ost-Berlin, Ungarn und der Tschechoslowakei tat, dass es sich für die Sowjetunion primär um die ideologische und militärische Sicherung des Vorfelds handelte. Entgegen der kommunistischen Lehre handelte es sich bei den Gegenbewegungen in Ost-Mitteleuropa aber nicht um die Rückzugsgefechte der bürgerlichen Klasse, sondern um national motivierte und zum Teil demokratisch orientierte Aufstände gegen die imperiale Sowjetunion. Darüber hinaus mangelte es der Sowjetunion an den Mitteln zur nachhaltigen Schwächung des Nordatlantischen Bündnisses und der politisch-sozialen Strukturen in West- Nord- und Südeuropa, um das sich politisch stabilisierende und wirtschaftlich erfolgreiche Westeuropa politisch unter die eigene Kontrolle zu bringen. Seit der Gründung des Nordatlantischen Bündnisses und der dauerhaften Stationierung US-amerikanischer Streitkräfte in Europa war eine sowjetische militärische Offensive in Europa ohne einen amerikanischen Gegenschlag auszulösen, nicht mehr möglich.

3. Gleichwohl - geleitet von der subjektiven Überzeugung innerer Schwäche der Vereinigten Staaten und des westlichen Bündnisses und gestützt auf die vermeintlich großartigen Leistungen der eigenen Wirtschaft, Rüstung und Weltraumtechnologie, dazu gehörten auch die Bildung einer vierten Teilstreitkraft, die der Raketentruppen und Testexplosionen von schweren Nuklearwaffen im Nordmeer (Nowaja Semlja) - forderte Nikita Chruschtschow mit dem Ultimatum vom November 1958 die westlichen Berlin-Mächte mit der Forderung nach Beendigung des Besatzungsstatuts von Berlin und dem Abschluss eines Friedensvertrages der Sowjetunion mit der DDR heraus, die auch die Funktionen, wenn nicht die Rechte der Sowjetunion in Berlin übernehmen sollte.

Chruschtschow spielte an der sensibelsten Stelle der Ost-West-Konfrontation - dem territorial isolierten Berlin-West - mit dem Feuer. War eine Blockade der alliierten und der deutschen Zugänge zu erwarten? Wie würde der Westen reagieren? Gab es Kompromissmöglichkeiten? Die Möglichkeit einseitiger Schritte der Sowjetunion stand ungeachtet der Außenministerkonferenz in Genf (Mai-August 1959) und des wegen der US-Spionageflüge geplatzten Gipfels Eisenhower-Chruschtschow in Paris (Juni 1960) weiterhin im Raume.

Dieser virulente Gefahrenherd gehörte für den neuen demokratischen Präsidenten John F. Kennedy zum internationalen Erbe der Eisenhower-Regierung. Sein Aufbruch zu neuen Grenzen – New Frontier – sollte nicht an den Überresten des Zweiten Weltkrieges demonstriert werden sollte, sondern an den Umwälzungen in der dritten Welt, dem Armenhaus der Welt, um die Folgen des Kolonialzeitalters zu beseitigen. Mit großer Zurückhaltung ging der junge Präsident an die „Rest-Probleme des zweiten Weltkrieges – die Berlin-Frage und Sicherheit in Europa“ – heran. Er suchte auch hier nach neuen Wegen zur Verständigung mit Moskau, nach Kompromissen, beispielsweise einem UNO-Status für Berlin, der Stationierung von VN-Truppen in Berlin und der Bildung einer Internationalen Luftkontrollereinheit für Berlin – mit DDR-Beteiligung - , um auf diesem Wege einer neuen riskanten Konfrontation möglicherweise einem militärischen Konflikt wegen der Berlin-Frage zu begegnen.

4. Waren die Delegationen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR bei der Konferenz der Außenminister der vier Deutschlandmächte in Genf im Jahre 1959 noch an Katzentischen placiert worden, vollzog sich 1960 ein fundamentaler Wandel: In ihren Erklärungen zur zukünftigen Lage in und um Berlin kündigte die Sowjetunion die Übertragung von Funktionen oder gar Rechten der Sowjetunion an die DDR und den Abschluss eines zweiseitigen Friedensvertrages an. Damit sollte die DDR international aufgewertet werden – zu einem Zeitpunkt allerdings, an dem täglich Tausende von Deutschen der DDR den Rücken kehrten, um in der Bundesrepublik Deutschland ihre Zukunft zu gestalten. Die DDR schlitterte in eine politische und wirtschaftliche sowie soziale Krise, ja in eine Existenzkrise.

Hatten die Drei westlichen Berlin-Mächte in der Vergangenheit nach internen Beratungen Konsultationen mit der Bundesregierung mit dem Ziel geführt, soviel Einvernehmen wie möglich zu erreichen, traten die Drei Mächte im Laufe des Jahres 1961, also nach dem Beginn der Kennedy-Präsidentschaft in den USA an die Bundesregierung mit dem Vorschlag heran, in Zukunft zusammen mit der Bundesregierung die Planungen für den Berlin-Fall auszuarbeiten, was auch immer infolge einseitiger sowjetischer Maßnahmen geschehen mochte, und politisch gemeinschaftlich zu vertreten. Die Beratungen sollten in der dazu gegründeten westlichen Viermächte-Botschaftergruppe in Washington stattfinden. Untergruppen für politische, militärische und wirtschaftliche Fragen sollten gebildet werden – und eine Gruppe für die Bearbeitung von Eventualfällen. Washington war zu der Zeit auch noch der Sitz des NATO-Militärausschusses mit einer Sonderrolle der Drei Mächte in der NATO Standing Group.

5. Die neue Viermächte-Konstellation auf der westlichen Seite stellte eine substantielle Veränderung in der politischen „Schlachtordnung“ des Nordatlantischen Bündnisses und der politischen Verantwortung für die Wahrnehmung der Deutschland als Ganzes und Berlin im Besonderen betreffenden Fragen dar. Im Konflikt mit der Sowjetunion, in der Konfrontation mit der Sowjetunion war die Bundesrepublik Deutschland zum unverzichtbaren Verbündeten der Drei Berlin/Deutschland-Mächte geworden. In der

**militärischen Berlin-Planung würde ein Einsatz deutscher Kräfte in der Folge von Drei-Mächte-Sondierungsoperationen im Falle blockierter alliierter Zugänge nach Berlin mit dem Übergang der Operationsführung von den Drei Mächten auf die NATO zusammenfallen. Aber ohne diese Rückendeckung, die letztlich im NATO-Vertrag verankert war, der in seinem Artikel 6 in Verbindung mit Artikel 5 den Bündnisfall für den Fall der Verstrickung von alliierten Verbänden in Berlin in einem militärischen Konflikt vorsah, könnten die drei Berlin-Mächte keine einzige militärische Sondierungsaktion auf den Zugangsrouten nach Berlin durchführen. Nun war eine Präzisierung erfolgt – nämlich für den Fall einer Zugangsblockade für die Alliierten nach Berlin.**

**Von nun an begannen alle NATO-Ministertreffen mit einer informellen Viermächte-Runde (Washington, London, Paris, Bonn)**

**Bonn war zum Ärger von Washington und London ein schwieriger Partner am Tisch der neuen Viermächte-Konstellation: Grundsätzlich forderte Bonn im Fall der Berlin-Blockade neben den militärischen Sondierungsoperationen auf den gesperrten Zugangstrecken und angemessenen politischen Gegenmaßnahmen vor allem Gegenmaßnahmen auf Feldern, die sowjetische Politik- und Wirtschaftsinteressen treffen würden. Meerengen und Kanäle wie der Panama- und der Nordostsee-Kanal sollten nach deutschen Vorstellungen im Falle der Blockade der Zugangswege von und nach Berlin für sowjetische Handelsschifffahrt gesperrt werden. Diese Planungen, denen die Alliierten zunächst sehr zurückhaltend gegenüberstanden, wurden bei der Kubakrise 1962 in Form der Quarantänemaßnahmen gegen die sowjetische Atlantik-Handelsschifffahrt mit Richtung Kuba angewendet und waren schließlich erfolgreich.**

**6. Beruhten die westlichen Planungen auf Annahmen über eine neue Berlin-Blockade, die von der Sowjetunion mit dem Ziel unternommen werden würde, den internationalen Status der DDR anzuheben, die Drei Mächte aus Berlin herauszudrängen und damit ein Zeichen für den schluss-endlichen Sieg des sowjetischen Systems in Europa zu setzen, trat die tatsächliche Krise – der Bau der Mauer am 13. August 1961 in Umsetzung einer Chruschtschow-Entscheidung - als eine Maßnahme in Kraft, die in erster Linie die Substanz der DDR gegen die sich seit einiger Zeit vollziehende personelle Auszehrung sichern und schützen sollte, und nur sekundär von dem Ziel geprägt war, die westlichen Rechte in Berlin zu beeinträchtigen, die westlichen Berlin Mächte bloß zustellen und den internationalen Status der DDR anzuheben sowie Berlin-West politisch und wirtschaftlich auszutrocknen, wie es mit einer Blockade angestrebt worden wäre.**

**Gleichwohl löste der Mauerbau eine schwere politische und psychologische Krise in den Beziehungen zwischen Bonn und den drei Berlin-Mächten aus, der mit mehr oder weniger erfolgreichen Maßnahmen begegnet wurde. Eine US-Brigade wurde auf dem Landweg nach Berlin verlegt. US-Vizepräsident Johnson besuchte Berlin und sprach zu den Berlinern. Er versicherte sie der US-Unterstützung in ihrer erneut verschärften Insellage. Der sagenumwobene General Lucius Clay, der den Beschluss zur Luftbrücke im Jahre 1948 durchgesetzt hatte, wurde als Sonderbeauftragter des US-Präsidenten in Berlin installiert. Es war politisch geboten, die Bindungen zwischen Berlin(West) und Bonn gegen den sowjetischen Widerstand zu betonen, wenn auch eine Ausweitung der administrativen Präsenz der Bundesrepublik Deutschland in Berlin – zum Beispiel durch die Errichtung des Bundesumweltamtes in Berlin - nur gegen hartnäckigem Widerstand der Alliierten erreicht werden konnte. Die Wahl des Bundespräsidenten fand in der Zeit der deutschen Teilung zum letzten Mal 1968 in der Ostpreußenhalle des**

Messegeländes am Funkturm in Berlin statt. Die Lebensfähigkeit der Stadt (Berlin-West) war zu einem der Grundpfeiler der westlichen Berlin-Politik geworden und wurde durch mancherlei Investitionen gestärkt, aber auch durch Unterbindung westdeutscher Aktivitäten in der Stadt geschwächt. Die DDR konnte ihre Rolle in verschiedenen Positionen verstärken, u.a. mit der Einführung des Visumszwangs für nicht alliiertes Personal auf den Zugangswegen nach Berlin und im Reiseverkehr zwischen den beiden Teilen Deutschlands. Die DDR fertigte auch technisch den alliierten Verkehr von und nach Berlin ab. Allerdings wurde DDR-Personal nicht in das Luftkontrollzentrum für Berlin (Berlin Air Safety Center) eingeführt. Nach alliierterm Verständnis hob die technische Rolle von DDR-Personal in den Zugangsprozessen nicht die sowjetische Funktionen und die sowjetischen Rechte als vierte Berlin-Macht auf – und so sah es auch die sowjetische Regierung, wie das Berlin-Abkommen der Vier Berlin-Mächte von 1971 zeigt.

Die Mauer trennte Familien und beendete Arbeitsverhältnisse. Der Senat von Berlin drängte auf Verhandlungen mit DDR Beauftragten, um die Besuche von West-Berlinern in Ostberlin möglich zu machen. Bonn tat sich wegen des politischen Aufwertungseffektes zugunsten der DDR als Vertragspartner schwer, musste aber schließlich den Weg freimachen. Die DDR Führung zahlte auf Dauer einen hohen politischen Preis für die Mauer quer durch Berlin, der schließlich ihren Sturz mit verursachte: Die DDR-Bevölkerung betrachtete sich in einem Gefängnis. Die Mauer wurde - zusammen mit dem Ministerium für Staatssicherheit - zur Inkarnation des DDR-Systems der Unfreiheit.

## II.

### Konfrontation und Modus Vivendi in Berlin und Deutschland – zur Vermeidung eines Krieges

1. Schließlich konnten sich die Vier Berlin-Mächte in dem Abkommen vom 3. September 1971 (in Kraft getreten am 3. Juni 1972) unter Wahrung der Rechtspositionen über die Modalitäten des alliierten Zugangs nach Berlin verständigen, sowie über die Sicherung von Berlin-West und den Zugang von Bewohnern von West-Berlin in den Ostsektor. Im Rahmen dieses Abkommens übernahmen auch DDR-Beamte technische Abwicklungsverfahren. Parallel dazu konnten die Bundesregierung und die DDR-Regierung im Jahre 1972 im Grundlagenvertrag einige Aspekte des geregelten Neben- und Miteinanders vereinbaren. Im Jahre 1973 wurden beide Staaten in Deutschland in die Vereinten Nationen aufgenommen. In der westdeutschen Politik gegenüber der DDR stand als ein vordergründig unpolitisches, nicht auf die Unterminierung des DDR-Machtapparates gerichtetes Anliegen die Durchsetzung „menschlicher Erleichterungen“ im Mittelpunkt allen Wirkens. Dazu gehörten das Bemühen um Reiseerleichterungen für DDR-Bewohner in die Bundesrepublik und nach Berlin-West sowie der Freikauf politischer Gefangener des Regimes und wirtschaftspolitische bzw. finanzielle Vergünstigungen. Es mangelte nicht an Stimmen in der Bundesrepublik, die sich dafür aussprachen, die gesonderte Staatsangehörigkeit der Bürger der DDR anzuerkennen, und damit ihren, wenn auch schwierig zustande zu bringenden Besuch in der Bundesrepublik und Westeuropa politisch zu entwerten. Gemäß Grundgesetz hatte jeder Bewohner der DDR Anspruch auf die Ausstellung eines Reisepasses der Bundesrepublik Deutschland, mit dem er auch visumsfrei in viele andere Länder der EU reisen konnte. Die Forderung nach Anerkennung der DDR-

Staatsangehörigkeit konnte nur als Einladung zur Anerkennung der staatlichen Teilung der Nation interpretiert werden. Die Akzeptanz ostdeutscher Staatsangehörigkeit bei Reisen in die Bundesrepublik schien die Position der „Realos“ im deutschen politischen Setup zu repräsentieren. Nein, es waren auch die „Fundis“, die dies wünschten, weil sie eine deutsche politische Einheit – mit achtzig Millionen Bewohnern - als abträglich für den Frieden und die Sicherheit in Europa ansahen. In der Formel „Offenhalten der deutschen Frage“ fand demgegenüber das Festhalten an der deutschen Einheit als politischem Ziel der Bundesrepublik Deutschland einen dem „korrekten politischen Verhalten der damaligen Zeit“ angemessenen Ausdruck. Es war eine minimalistische Forderung, und selbst diese Formel war in weiten Teilen des Landes umstritten.

2. Für Manche stellte die Vereinbarung von Modus Vivendi-Regelungen in Deutschland (Berlin-Abkommen, Grundlagenvertrag), die auch die Zeichnung der Schlussakte von Helsinki am 1. August 1975 ermöglichten und von den Vereinbarungen über Gewaltverzicht der Bundesrepublik mit Moskau und Warschau im Jahre 1970 flankiert waren, die Grundlage für den dauerhaften Frieden in Europa dar, weil die sowjetische Position des Interventionsanspruchs in Ländern des Warschauer Paktes als permanenter Bestandteil der Lage und Ordnung in Europa, Deutschland und Berlin angesehen wurde. Die weiterhin bestehende unterschwellige Unruhe in den Nationalstaaten im Vorfeld der Sowjetunion wurde negiert oder verdrängt. Diese unterschwellige Unruhe manifestierte sich indessen schon in dem Beschluss der Regierenden kommunistischen Parteien vom Jahre 1976 in Ost-Berlin, in dem die kommunistischen Parteien im sowjetischen Vorfeld den Anspruch auf den eigenen Weg zum Kommunismus verankerten. Breshnew konnte nur nach Rückkehr in die sowjetische Hauptstadt den sowjetischen ideologischen und politischen Führungsanspruch proklamieren und damit die Breshnew-Interventionsformel als Manifestation des sowjetischen Herrschaftswillens – unabhängig von den Wünschen der Nationen im sowjetischen Vorfeld - in den Raum stellen. In der Tat fürchtete Warschau im Jahre 1981 angesichts des nationalen Aufbruchs der Solidarnosc-Bewegung eine sowjetische militärische Intervention und verhängte selbst das Kriegsrecht zur Unterbindung der nationalen Aufstandsbewegung.

In der Bundesrepublik verblassten im politischen Bewusstsein der Bevölkerung und weiter Teile der Führungsstrukturen das Ziel und der Anspruch auf die Vollendung der deutschen politischen Einheit wie ihn das Grundgesetz konstituierte. Die Sicherheitslage in Europa stehe der Vollendung der Einheit entgegen, hieß es – wie auch die Interessenlage der Nachbarn Deutschlands, von der Sowjetunion ganz zu schweigen

Gleichwohl bleibt es für die Charakterisierung der Periode zwischen dem Mauerbau bis in die zweite Hälfte der achtziger Jahre bei der alle Komponenten einschließenden Formel „Konfrontation und Modus Vivendi zur Vermeidung des Krieges in Europa“.

3. Hätte der Mauer-Bau verhindert oder in den ersten Tagen rückgängig gemacht werden können, werden müssen? Der BND hatte Vorbereitungen und vor allem Bereitstellungsoperationen der sowjetischen Streitkräfte um Berlin herum gemeldet (vgl. Matthias Uhl/Armin Wagner, „BND gegen Sowjetarmee“, Seite 112-120 „Die BND-Aufklärung und der Mauerbau“, Berlin 2007), die auf Sperrmaßnahmen zur Eindämmung des nicht abreißenden Flüchtlingsstromes aus der DDR in das Wirtschaftswunderland Bundesrepublik Deutschland hinausliefen. Die politischen Ebenen in den westlichen Hauptstädten und in Bonn hatten diese Berichte nicht zu Maßnahmen veranlasst, die auf die Verhinderung von DDR-Sperrmaßnahmen

hinauslaufen würden. Präsident Kennedy und vor allem Senator Mansfield, der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses des US-Senats, hatten die Hinnahme von „Schutzmaßnahmen“ zugunsten der DDR signalisiert, vorausgesetzt, sie berührten nicht die Rechte der Drei westlichen Berlin-Mächte, die Zugänge nach Berlin und die Lebensfähigkeit der Bevölkerung von West-Berlin (in der Originalfassung in die Worte „Freiheit und Sicherheit West-Berlins“ gefasst). Dies waren die drei von John F. Kennedy in seiner Ansprache vom 25. Juli 1961 identifizierten „essentials“. Unter die geforderte „Lebensfähigkeit“ wurden die lebensnotwendige Bindung zwischen Berlin-West und der Bundesrepublik Deutschland wie auch die Währungseinheit subsumiert. Vieles wurde indessen preisgegeben: Die freie Bewegung der Bewohner von Ost- und West-Berlin und die freie Beschäftigung beiderseits der Sektorengrenze; eine offene Grenze für die Bewohner der DDR zum Westen. Weitere DDR-Funktionen in Berlin-Angelegenheiten wurden hingenommen, wie schon vorher Berlin-Ost als Sitz der Regierung der DDR, ein Anspruch, der mit dem Vier-Mächtestatus der Stadt als unvereinbar angesehen werden musste.

Die Menschen in Berlin fühlten sich ein Stück weiter eingeschnürt – das Frontstadt-Syndrom gewann erneut Prominenz. Was würde der nächste Schritt zur sowjetischen Einschnürung von Berlin-West sein? War Berlin-West ein Sozialwesen ohne Zukunft geworden? Konnte es im Interesse der Entspannung und Verständigung mit Moskau preisgegeben werden? Wer hatte daran gedacht, den Regierenden Bürgermeister in Schlüsselfragen der Existenz von Berlin-West vor der Krise zu konsultieren? Bundeskanzler Adenauer unterließ eine sofortige Berlin-Reise und führte ein versöhnliches Gespräch mit dem sowjetischen Botschafter in Bonn. Hatte Berlin in den Augen der Bundesregierung an Relevanz für die Ost-West-Beziehungen und für die Wiederherstellung der deutschen Einheit verloren? Diese Fragen standen im Raum und wurden offen diskutiert.

4. Von der Furcht geleitet, dass Chruschtschow bei der Durchsetzung seiner Vorstellungen über den zukünftigen Status von Berlin und die Rolle der DDR in diesem Zusammenhang auch eine militärische Konfrontation über Berlin in Kauf nehmen könnte, suchten die drei westlichen Berlin-Mächte zusammen mit der Bundesrepublik Deutschland nicht nur eine glaubwürdige Eventualfallplanung zustande zu bringen (Live Oak), sondern leiteten auch Sondierungsgespräche mit Moskau über mögliche Verhandlungen zur Entschärfung der Spannungen in Berlin und in Europäischen Sicherheitsfragen ein, denen Bonn und Paris nur zögernd grünes Licht geben. Am Ende blieb der Stuhl Frankreichs in den Vier-Mächte-Vorgesprächen für Sondierungen mit Moskau über ein Verhandlungspaket sogar leer. Die Sondierungen führten in die Leere, schufen aber ein politisches Reizklima zwischen Washington und Bonn, das auch zu einem Wechsel in der Leitung der deutschen Botschaft führte (September 1962: Knapstein anstelle von Professor Grewe).

5. Moskau setzte indessen den Provokationskurs gegenüber Washington fort: Die Kuba-Krise vom Herbst 1962 brachte die machtpolitischen Rivalen USA und Sowjetunion an den Rand des Krieges. Der BND hatte die USA über den Schifftransport von Raketen nach Kuba unterrichtet. Die Solidarität der Bündnispartner mit den USA stand in der Kuba-Krise außer Frage – auch und vor allem Seiten Frankreichs. Unter der Wirkung der unmittelbaren Gefahr eines Nuklearkrieges zwischen den Weltmächten in der Kubakrise vom Oktober 1962 leitete Präsident Kennedy mit seiner Rede an der Washington Universität am 10. Juni 1963 eine neue diplomatische Initiative gegenüber Moskau mit dem Vorschlag eines Abkommens über einen begrenzten Atomtestvertrag

ein, mit dem der Weg zur weitergehenden Abrüstung und Rüstungskontrolle in einer vom Grunde her brisanten sicherheitspolitischen Lage eingeleitet werden sollte. Wenige Wochen später, am 25. Juli 1963 einigten sich die USA und die Sowjetunion auf den Verzicht von Nukleartests in der Atmosphäre, im Weltraum und unter Wasser – ausgespart blieben unterirdische Versuche, da diese zu verifizieren zu schwierig war. Das Abkommen diente als Öffnung eines Weges zur Kontrolle der internationalen Spannungen und öffnete den Weg zu einem weiteren, weltweit zur Geltung kommenden Abkommen, dem Vertrag über die Nichtverbreitung von Nuklearwaffen über den Kreis der bestehenden Mächte hinaus. Der Vertrag, der die Sonderstellung der fünf Veto-Mächte im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen und der fünf Nuklearmächte zum Zeitpunkt seines Inkrafttretens im Jahre 1968 zementierte – also auch den des kommunistischen China, das zu dem Zeitpunkt noch nicht den chinesischen Sitz im VN-Sicherheitsrat wahrnehmen konnte, wurde auch von der Bundesrepublik Deutschland und von DDR unterzeichnet. Zum ersten Mal war ein bedeutendes internationales Abkommen entgegen dem Alleinvertretungsanspruch der Bundesrepublik Deutschland auch von der DDR unterzeichnet worden. Im Ringen um den Vertragsinhalt konzentrierte sich Bonn – ungeachtet anfänglicher Vorhaltungen gegenüber den USA wegen der Unterminierung des westdeutschen Alleinvertretungsanspruchs - auf die rechtlich gesicherte Freistellung nuklearer Forschung, Entwicklung und Anwendung im nichtmilitärischen Bereich und deren Öffnung für internationale Kontrollen durch die VN-Sonderorganisation für Nuklearenergie (IAEO). Diesen auch von anderen hoch industrialisierten Ländern unterstützten Bemühungen war Erfolg beschieden.

6. Nach dem Sturz von Chruschtschow im Jahre 1964 verlor die sowjetische Drohung eines militärisch unterstützten Alleingangs in der Berlin zunehmend an Relevanz. Das Management der täglichen Reibereien zwischen den drei Mächten und der Bundesregierung in Berlin-Angelegenheiten und mit der sowjetischen Berlin-Macht, wurde der Bonner Vierer-Gruppe überlassen. Die Washington-Botschaftergruppe blieb auf dem Papier bestehen; ebenso wurden die Live Oak- und die anderen Komponenten der Berlin Eventualfall-Planungen in regelmäßigen Abständen aktualisiert.

7. Im Wechsel von konfrontatorischen und kooperativen Schritten perpetuierte sich der Kalte Krieg – die NATO Formel „Verteidigung und Entspannung“ bringt diesen Dualismus treffend zum Ausdruck - mit einem hinreichenden Krisenmanagement bei ungeplanten Zusammenstößen, einigen Hoffnungsträgern wie dem Helsinki-KSZE-Prozess, den Abrüstungsabkommen für Strategische Waffen und der Begrenzung von Raketen Abwehrsystemen, aber auch mit dem Beginn von Rüstungskontrollverhandlungen über konventionelle Streitkräfte in Europa. Vieles sprach für die Formel “Stabilität durch Teilung (Europa, Deutschland, Berlin) und militärische Abschreckung“ als Basis des dauerhaften Friedens in Europa.

Aber es kam anders – mit Gorbatschow. Er wurde im März 1985 zum neuen Generalsekretär der KPdSU berufen. Von der Notwendigkeit von Reformen des Sowjetsystems war schon lange die Rede gewesen. In den siebziger Jahren sprach man von der „großen Stagnation der Sowjetunion“ in den späten Breschnew-Jahren. Fünf Jahre später wurden die Abkommen zur Beendigung des Kalten Krieges, der militärischen Konfrontation in Europa, der Teilung Europas und der Teilung von Deutschland und Berlin zur Unterzeichnung vorbereitet. Wie war dieser Quantensprung zu einer neuen Qualität der Beziehungen Ost-West zu erklären und zu verstehen? Vergeblich suchen wir in den Komponenten, die die Lage Ost-West, die Lage in den sowjetisch beherrschten Teilen des Warschauer Paktes die Lage der Sowjetunion,

den verlustreichen und aussichtslosen Krieg in Afghanistan selbst ausmachten, Wirkkräfte, die suggerierten, dass es unabweisbaren und unter Zeitdruck stehenden Handlungszwang zur Aufhebung des Kalten Krieges und zur Überwindung der Teilung Europas gab?

Was war geschehen? Wir müssen einen Blick auf Veränderungen in der Weltlage richten, die sich in den siebziger und achtziger Jahren vollzogen hatten und die die Entwicklungen in den einzelnen Krisengebieten Ost-Mitteleuropas in einem anderen Licht erscheinen lassen.

### III.

#### Tektonische Verschiebungen in der Weltlage

1. Wer von der internationalen Weltlage vor der Wende spricht, muss vom Ost-West-Konflikt und von den inneren Prozessen in der sozialistischen Welt sprechen, zu der per definitionem auch China gehörte, auch wenn es nicht Mitglied des Warschauer Paktes war und in gespannten Verhältnissen zur Sowjetunion lebte. Von beiden Bereichen ist zu sprechen, um den Hintergrund dessen auszuleuchten, was viele als das Wunder von der Spree erlebten und auch heute noch so werten, nämlich die friedliche, die einvernehmliche Beendigung des seit dem Ende der vierziger Jahre die Szene in Europa beherrschenden Kalten Krieges. Das bedeutete die Herstellung der politischen Einheit Deutschlands und ein Vier plus Zwei-Abkommen über die Aufhebung der Vier-Mächte Rechte in Deutschland, das Ende der sowjetischen Vorherrschaft in Ost-Mitteleuropa, die Öffnung des Wege zum KSE-Abrüstungsabkommen sowie das politische Manifest – die Charta von Paris - zur Transformation auch Osteuropas – also auch der Sowjetunion zu Demokratien und Marktwirtschaften westlichen Zuschnitts mit dem dritten unverzichtbaren Element der unabhängigen Justiz.

2. Eine solche Wende der geostrategischen Lage in Europa kann man nicht kaufen, auch nicht im Wege der Männerfreundschaft herbeizaubern, bei aller berechtigten Anerkennung der Rolle von einzelnen Persönlichkeiten in diesem Prozess.

Es bedarf dazu anderer Triebkräfte, vielleicht eines schon längere Zeit wirkenden Gärungsprozesses. Und das ist nach meinem Urteil der Fall gewesen. Vieles spricht dafür, dass in den siebziger Veränderungen tektonischen Ausmaßes in China ihren Anfang nahmen und das Land auf den Weg wirtschaftlicher Reformen und einer strategischen Annäherung an die USA, ja auf den Weg zu einer Konfrontation mit der Sowjetunion brachten. Parallel dazu machten die sowjetischen Herrscher die Erfahrung, dass ihr eigenes Planungssystem den Forderungen der Zeit nicht angemessen entsprechen konnte. Man sprach von der großen Stagnation, in der sich die Sowjetunion befand. Wie konnte sie überwunden werden?

3. Lange, bevor die sowjetische Führung unter Gorbatschow eine Verständigung mit den USA über bedeutende Abrüstungsschritte im nuklearen und konventionellen Bereich anstrebte und dabei die Abkehr von einer Offensiv-Doktrin und die Hinwendung zu einer Verteidigungsstrategie öffentlich forderte und schließlich auch im eigenen Land durchsetzte, gab es in Moskau und Beijing Anzeichen für die Revision des sozialistischen Weltbildes, das von Marx und Engels geprägt worden war und das den Untergang des kapitalistischen Systems auf der Grundlage seiner eigenen Widersprüche

deterministisch prognostizierte. Dies musste zu einer Revision der Grundzüge des historischen Determinismus mit weit reichenden strategischen Folgen führen.

Was lehrt uns dieser Rückblick auf die Entwicklungen in China und der Sowjetunion in den siebziger Jahren?

#### 4. Der erste Blick richtet sich auf China:

Unsere Erinnerung an die Rolle Chinas im Reformprozess der kommunistischen Länder ist primär mit der gewaltsamen Unterwerfung des Aufstandes der Studenten auf dem Platz des Himmlischen Friedens in Beijing im Jahre 1989 verbunden.

Und mancher Scharfmacher in Ost-Berlin hatte gehofft, dass die Sowjetunion und die DDR nicht zögern würden, eine aus dem Ruder laufende Protestwelle im eigenen Lande oder in anderen mittel-osteuropäischen Ländern in gleicher Weise auf gewaltsame Weise zu unterdrücken, wie es in Beijing geschah. Deng Xiaoping, der Reformers Chinas stoppte mit dem Gewaltakt den Weg zu demokratischen Reformen, aber nicht, um das kommunistische Wirtschaftssystem am Leben zu erhalten, sondern um die kapitalistische Wirtschaftsreform unter der Kontrolle der autoritären Staatspartei noch rascher, noch intensiver voranzubringen.

Mit seinen Wirtschaftsreformen hatte er nach dem Tode von Mao Tse Tung im Jahre 1976 die „Viererbande“, also die Promotoren der Kulturrevolution und der Inkarnation der sozialistischen Gesellschaft auf der Basis der Gleichheit und Primitivwirtschaft ausmanövriert. Unter Nutzung kapitalistischer Wirtschaftsgesetze und staatlicher Direktiven leitete er die Rückkehr Chinas in die Weltwirtschaft ein. Ohne ein Zitat aus Deng Xiaopings Feder zur Hand zu haben, kann man sagen, dass Deng mit der Gewissheit gehandelt hat, dass das kapitalistische System nicht an seinen inneren Widersprüchen zugrunde gehen werde, folglich die im übrigen gespaltene sozialistische Welt nicht die Nachfolge dieses Systems antreten könne. Unter solchen Umständen mussten die sozialistisch geführten Volkswirtschaften mit kapitalistischen Methoden in wirtschaftliche und soziale Konkurrenz mit den kapitalistischen Mächten treten. Jahre später begründete Michael Gorbatschow mit diesen Argumenten den Wechsel des außenpolitischen Kurses auf der Parteikonferenz 1986.

Möglicherweise hatten sich auch in China in Reaktion auf die mörderische Kulturrevolution die Traditionen chinesischer Staats- und Wirtschafts- sowie Soziallehren gegen das kommunistische Wirtschaftsprinzip durchgesetzt. Die Auslandschinesen spielten in diesem Prozess eine bedeutende Rolle. In seiner Analyse der Reformpolitik Deng Xiaopings („Die Durchsetzung der Reformpolitik in China“, Berlin 2008) kommt Carsten Kaven – wie andere vor ihm - zu dem Ergebnis, dass die zerstörerische Wirkung der Kulturrevolution als kognitiver Bruch die Reformen und die allgemeine Bereitschaft zum Wandel beeinflusst hat – ergänzt um die positiven Wirkungen der außenpolitischen Öffnung mit der Übernahme des VN-Sitzes Chinas im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen im Jahr 1971. Gesellschaftliche Spannungen, die internationalen Bedingungen des Wettbewerbs und die Zwänge der Versorgung einer Bevölkerung von annähernd einer Milliarde Menschen lösten den politischen Wandel aus, ohne dass darüber im Lichte des Desasters der kommunistisch motivierten Kulturrevolution eine ideologische Grundsatzdebatte geführt wurde, zumal Mao Tse Tung schon im Jahre 1976 gestorben war. Zwischen 1981 und 2010 gelang es der reformierten chinesischen Wirtschaft, den Anteil der unter dem Existenzminimum

lebenden Menschen in China von 53 auf 8 Prozent der Gesamtbevölkerung zu reduzieren. Erst die nun in Gang kommende wirtschaftlich-industrielle Erschließung Zentralchinas wird allerdings die Voraussetzungen für die signifikante Steigerung des Lebensstandards im chinesischen Hinterland schaffen können.

5. In die Zeit der Dengschen Reformpolitik fällt die strategische Allianz zwischen den USA und der VR China gegen den sowjetischen Anspruch auf Weltherrschaft. Im Jahre 1972 unternahm US Präsident Richard Nixon seine berühmte Chinareise. Mit dem so genannten Shanghaier Kommuniqué von 1972 zogen beide Seiten den Schlussstrich unter eine zwanzigjährige Eiszeit. Im Dezember 1978 vereinbarten Washington und Beijing die Aufnahme diplomatischer Beziehungen. Kontakte auf hoher, auf höchster Ebene wurden in diesen Jahren intensiv gepflegt. *„Auf diesem Wege entstand ein stillschweigendes Bündnis, um dem sowjetischen Expansionsdrang in Asien entgegenzutreten.“* So urteilt Henry Kissinger in seinem Buch *„Die Vernunft der Nationen – Über das Wesen der Außenpolitik“* (Berlin, 1994, Seite 1994).

Die Bedeutung dieses amerikanisch-chinesischen Bündnisses für die Entwicklungen in Moskau ist nicht zu übersehen. China forderte vom ehemaligen kommunistischen Brudervolk den Rückzug aus Afghanistan, die Preisgabe des sowjetischen Stützpunktes DaNang in Vietnam, die Rücknahme der sowjetischen Truppen von der chinesisch-sowjetischen Grenze, die seit der Mitte der sechziger Jahre systematisch ausgebaut worden waren, und die Revision der Grenze, die nach chinesischer Sicht aus ungleichen Verträgen im 19. Jahrhundert zustande gekommen war. Auch die Bundesrepublik Deutschland arbeitete in der Zeit mit entsprechenden Institutionen Chinas strategisch zusammen – bei der Beobachtung des Militärpotenzials und der politischen Absichten der Sowjetunion.

Eine aufstrebende Wirtschaftsmacht China, die auf der Basis der weiteren Akzeptanz der Ein-China-Doktrin in Bezug auf Formosa/Taipeh in ein strategisches Bündnis mit den USA – tritt, konnte nicht ohne Relevanz für die Sowjetunion bleiben.

#### 6. Der zweite Blick richtet sich nun auf die Sowjetunion:

Was für China die Kulturrevolution des alternden Mao Tse Tung war, waren für die Sowjetunion die Amtsjahre des alternden Breschnew in den siebziger und frühen achtziger Jahren und seiner beiden Nachfolger im Amt – Jury Andropow und Konstantin Tchernienko, von denen der vom Tode gezeichnete Andropow immerhin auch den Pfad der Reformen einzuschlagen versuchte. In diesen Jahren sprach man in Moskau ganz offen von den „Jahren der großen Stagnation.“

Andropow, dem bisherigen KGB-Chef hatten Soziologen, z.B. Tatiana Saslowskaia den Niedergang der sowjetischen Wirtschaft und die Unterlegenheit des sozialistischen Systems gegenüber dem amerikanischen kapitalistischen System an Hand der Produktivitätsunterschiede des Faktors Arbeit deutlich vor Augen geführt.

Gleichzeitig nahmen die Unruhen im sowjetischen Vorfeld, vor allem in Polen wieder zu.

Im Anschluss an die Kuba-Krise im Jahre 1962 hatte die Sowjetunion massiv über ein Jahrzehnt hindurch aufgerüstet, um gleichzeitig auf einen Krieg an der chinesischen Grenze und in Europa vorbereitet zu sein. In den achtziger Jahren stellten die Planer fest, dass ein gleichzeitiges wenn auch bescheidenes Wachstum des Lebensstandards der Bevölkerung – das war eine der Errungenschaften der Breschnew-Jahre in seinen

besten Zeiten - und der Militäraufwendungen ab 1996 nicht mehr als gesichert angesehen werden dürfe. Die Politik und die Aspirationen der Sowjetunion waren an die Grenzen der Planwirtschaft und der Ressourcen geraten.

Die politische und die militärische Führung waren auch in Moskau zu der Auffassung gelangt, dass selbst die im Prinzip unbesiegbare Sowjetunion einen Nuklearkrieg nicht gewinnen könne.

Die sowjetischen Geheimdienste und die sowjetische Militärindustrie stellten die wachsende Diskrepanz zwischen der Militärtechnologie der NATO und dem Warschauer Pakt fest. Wir kennen die Orderbücher an die sowjetischen Geheimdienste zur Beschaffung westlicher Technologie für die sowjetische Rüstungsindustrie in verschiedenen Bereichen, vor allem auf dem Felde der Informatik.

China und die Sowjetunion wurden zu „Kopierern“ und hatten kaum die Kraft zur eigenen Entwicklung neuer technologisch überlegener Waffensysteme, vor allem von Führungssystemen.

Frankreich hatte diese Unterlagen beschafft und teilte die Erkenntnisse mit einigen NATO-Partnern.

Im Zivildbereich ist die Kopie der Concorde ein schlagendes Beweisstück für den Technologie-Rückstand der Sowjetunion.

Die Afghanistan-Invasion 1979 wurde zum Lehrstück für die Sowjetunion: Auch mit militärischer Gewalt ließ sich ein kommunistisches Satellitenregime in dem Land nicht durchsetzen und selbst der militärische Sieg konnte nicht errungen werden. Die Moral der sowjetischen Streitkräfte und die taktisch sowie operative Führung der Sowjetarmee entsprachen nicht den geforderten und erforderlichen Standards. Der Krieg war unpopulär in der Sowjetunion. Das zeigten der offene Brief des Regimekritikers Andreij Sacharow vom Juli 1980 an das Politbüro und Kommentare des Iswestja-Leitartiklers Alexander Bovin im Gespräch mit mir im Laufe des Jahres 1980. Später wurde er russischer Botschafter in Tel Aviv.

Trotzig hatte Breschnew nach Rückkehr von der Berlin-Konferenz der Führer regierender kommunistischer Parteien im Jahre 1976, auf der die Führer der Satellitenparteien auf dem eigenen, nicht von Moskau vorgegebenen Weg zum kommunistischen Gesellschaft insistierte und dies auch in die gemeinsame Erklärung einbrachten, erklärt, dass es natürlich bei der führenden Rolle der sowjetischen kommunistischen Partei bleiben werde. Die Weltfremdheit der Kreml-Führung mit der politischen Wirklichkeit im sowjetischen Vorfeld war frappierend.

Aber der Direktor des Moskauer Instituts Amerika-Kanada, der vor wenigen Monaten in Moskau verstorbene Georgij Arbatow sen. stellte in Verbindung mit der aufkommenden Krise in Polen Ende der siebziger Jahre im Gespräch lakonisch fest:

*„Wir haben den ideologischen Kampf um die Vorfeldländer verloren.“*

Ich meinte nicht weniger lakonisch: *„Dann werden die sowjetischen Panzer nicht mehr lange bleiben können.“* „Sie mögen Recht haben“, erwiderte er und wir trennten uns.

Gleichwohl, Ende 1980 bestand für die Öffentlichkeit im Westen durchaus die reale Gefahr eines sowjetischen Einmarsches in Polen, um die Solidarnozc-Bewegung zu brechen.

7. Als ich über meine fast vierjährige Tätigkeit in Moskau Ende 1980 in der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP) in Bonn in einer öffentlichen Veranstaltung berichtete, wies ich abschließend auf das hohe Ansehen hin, dass die Bundesrepublik vor allem wegen ihrer enormen Wirtschaftskraft, aber auch das deutsche Volk in seiner Gesamtheit in der Sowjetunion genieße, von dem man noch große Leistungen erwarte, und dass Moskau die Vereinigung Deutschlands in angemessenen strategischen und politischen Zusammenhängen nicht ausschließe. Gewiss wird mancher Zuhörer, wird die Mehrzahl der Anwesenden Zweifel an der Relevanz dieser Aussage gehegt haben. Öffentlich geäußert wurden diese Zweifel aber auch nicht.

Vier Jahre später berichtete ich als NATO-Botschafter im „NATO-Brief“ (März 1984), dass Moskau unter gleichzeitiger Erweiterung des politischen Spielraums seiner Vorfelddländer ein neues Sicherheitsabkommen mit den USA und dem Westen suche.

Man musste sich folglich fragen: Geht Moskau aus eigenen Gründen, oder auch wegen der Eröffnung einer strategischen Kooperation zwischen China und den USA den Weg zu einschneidenden Reformen des erstarrten Systems und den Weg zur strategischen Verständigung mit den USA und mit China? Wir registrieren, dass in Moskau tatsächlich ein paralleler Weg eingeschlagen wurde – die Veränderung des Verhältnisses zu China und zu den USA/Westen. In wirtschaftspolitischer Hinsicht schlägt Moskau jedoch einen anderen Weg als die Kommunisten in Beijing ein. Es hebt die Monopolstellung der KPdSU auf – mit fatalen Folgen für die Machtstellung von Gorbatschow und damit für den angestrebten Reformkurs.

Vor dem Hintergrund einer Vielzahl in der Sowjetunion generierter oder auf der strategischen Ebene sich abzeichnender Indikationen, die wir bei unserem strategischen Gegner in Moskau bemerken konnten, kam der BND – mehrheitlich sage ich einmal – schon 1986 zu dem Schluss, dass es der Sowjetunion, dass es Gorbatschow um eine reale Verbesserung der Beziehungen mit den USA und dem Westen gehe und nicht nur um eine Pause zum Luftholen, wie es die USA, Frankreich und Großbritannien annahmen.

Erst die Ankündigung einseitiger Reduzierungen des Umfangs der sowjetischen Streitkräfte in seiner Rede vor den Vereinten Nationen (1988) und die Vereinbarung über die Null-Lösung bei den Mittelstreckenraketen überzeugten auch den Westen von der Ernsthaftigkeit des Reformkurses von Gorbatschow auf außen- und verteidigungspolitischen Gebiet. Dazu gehörte selbstverständlich die Preisgabe der Breschnew-Doktrin zur Intervention in Vorfelddländer, die vom Warschauer Pakt und der Sowjetunion abfallen.

Zweifel blieben aber hinsichtlich der Durchsetzbarkeit dieses Kurses innerhalb der kommunistischen und der militärischen Führung der Sowjetunion.

8. Es stellte sich heraus - entgegen den Annahmen von Prime Minister Margaret Thatcher und Präsident Francois Mitterand - dass sich die Opposition zu Gorbatschow nicht wegen der Reform-Außenpolitik, schon gar nicht wegen der Deutschlandfrage entwickelte, sondern wegen seiner Reformschritte im Inneren. Die geplante Auflösung des Zentralstaates und seine Umwandlung in eine Union, die Preisgabe des Monopols

der Kommunistischen Partei, sowie die Verschlechterung der Wirtschaftslage, die nicht mehr nach den Vorgaben des Zentralstaates funktionierte, stießen auf breite Ablehnung in der Führungsschicht des Landes und unter der Bevölkerung.

Tatiana Timofeeva, Historikerin, Moskauer Staatsuniversität) berichtete kürzlich, dass heute 68,1 % der russischen Bevölkerung positive und 14,9 % negative Gefühle in Bezug auf Deutschland haben. Schon im Jahre 1990 sahen 35,9 % der Bevölkerung die Vereinigung als „rechtmäßig und gerecht“ an und weitere 23,1 Prozent als rechtmäßig, aber als zu zügig realisiert. Nur 12 % sahen sie als Rechenfehler von Gorbatschow und 11 Prozent als die größte Niederlage der Sowjetunion an.

Der Vertreter des sowjetischen Botschafters Kotschewasow in Berlin-Ost berichtete auf einer Konferenz in Moskau im Jahre 2008 auf der ich über die Beurteilung der Sowjetunion und der DDR durch den BND in den Jahren 1985-1990 referierte, dass die sowjetische Botschaft in Ost-Berlin und das KGB Hilferufe nach Moskau richteten, was denn aus den Freunden in der DDR werden solle. Es gab keine Antwort.

#### IV. Schlussfolgerungen

1. Die kommunistischen Führungen in Beijing und Moskau haben in den siebziger und achtziger Jahren bewusst oder unbewusst mit der deterministischen Geschichtsauffassung des Marxismus/Leninismus gebrochen und die Lebensfähigkeit eines fortlaufenden Reformen unterworfenen kapitalistischen Systems anerkannt. Mehrere klassisch-kapitalistische Staaten hatten erfolgreich das soziale Prinzip integriert, ohne ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit einzubüßen (Deutschland, Schweden). Kulturrevolution in China und Planwirtschaft in der Sowjetunion hatten wirtschaftliche und finanzielle Krisen ausgelöst und die Perspektiven für die Zukunft der Volkswirtschaften in China und der Sowjetunion verdunkelt.

2. Das kommunistische Wirtschaftssystem ist dem kapitalistischen Wirtschaftssystem in seiner Produktivität und Dynamik unterlegen und musste daher mit dem Ziel reformiert werden, mit dem kapitalistischen System wirtschaftlich, politisch und gesellschaftlich wettbewerbsfähig zu werden. Das ist ohne Reformen nicht möglich. Der Reformbedarf ergibt sich auch aus dem zunehmenden technologischen Rückstand der kommunistischen Volkswirtschaften.

3. Die Führung in Moskau hatte erkannt, dass auch das kommunistische System einen Nuklearkrieg nicht gewinnen kann und suchte mit dem Ziel, neue Sicherheitsvereinbarungen zu erreichen sowie finanziell und technologisch die Wirtschaftsreformen voranzubringen, weit reichende Abrüstungsabkommen mit den USA und mit NATO (Null-Lösung Mittelstreckenraketen, KSE Höchstgrenzen Konventionelle Streitkräfte zwischen Ural und Atlantik).

4. Schon in den Gesprächen mit den Führern der kommunistischen Vorfeldländern im Jahre 1985 – anlässlich der Trauerfeiern für Konstantin Tschernienko und der Amtseinführung von Michail Gorbatschow als Generalsekretär der KPdSU - hatte dieser – nach Datschitschew („Griff nach der Weltmacht“) – gegenüber den Führern der

**Vorfeldländer, auch gegenüber Honecker Reformen in diesen Ländern angemahnt bzw. ermuntert.**

**In der neuen internationalen Konstellation, die Moskau im Verhältnis zum Westen (USA, Europa) anstrebte, hatte die Vorherrschaft in Mitteleuropa ihre strategische Bedeutung für die Sowjetunion verloren und war zu einer politischen, wirtschaftlichen sowie finanziellen Hypothek geworden.**

**Als die Honecker DDR demokratische Reformen als Voraussetzung für die DDR-Beteiligung an Verhandlungen über Deutschland verweigerte, ließ Gorbatschow die DDR im Herbst 1989 fallen. Moskau war nicht mehr zur Stundung von ausstehenden Zahlungen bereit.**

**5. Die finanzielle Lage der Sowjetunion verschlechterte sich im Verlauf der Reformaktivitäten, so dass finanzielle Hilfe vom Westen erforderlich wurde. Sie konnte der Natur der Dinge nach nur von der Bundesrepublik Deutschland kommen.**

**6. Vom strategischen Interesse her abgeleitet, war es, wenn auch aus unterschiedlichen Gründen für Moskau, Washington und Bonn nach dem plötzlichen Fall der Mauer am 9. November 1989, von höchster Bedeutung, gewaltsame Zusammenstöße der Bevölkerung mit den sowjetischen Truppen in der DDR zu verhindern und die deutsche Frage und den Jahrzehnte währenden Ost-West-Gegensatz so schnell wie möglich im Verhandlungswege und mit der stabilisierenden wirtschaftlichen und finanziellen Kraft der Bundesrepublik Deutschland zu lösen.**

**Integraler Bestandteil dieser Regelung musste im Interesse von Moskau, Washington und Bonn sowie aller Nachbarstaaten Deutschlands die Herstellung europäischer Stabilität auf der Basis eines weit reichenden Abrüstungs- und Rüstungskontrollabkommens (KSE) sowie die Verabschiedung eines europäischen politischen Werte-Kodexes für das Gemeinsame Haus Europa (Charter von Paris, November 1990) sein, das Gorbatschow als Zielvorstellung eingebracht hatte.**

**Beides war neben der Stärkung der Europäischen Union auch notwendig, um das vereinigte Deutschland mit seinem Potenzial in Europa einzubinden.**

**7. Die Sowjetunion unter Gorbatschow suchte stabile kooperative nicht antagonistische Beziehungen zu den USA, so wie das kommunistische China sie auch erreicht hatte. Die antisowjetische Allianz zwischen China und den US musste aufgebrochen und mit beiden Ländern ein kooperatives Verhältnis entwickelt werden. Der Grundstein für diese Verständigung dazu wurde in beiden Richtungen von Gorbatschow gelegt. Damit war das antisowjetische Bündnis Chinas und der USA aufgebrochen worden und der Weg zu einem „Gemeinsamen Haus Europa“ auf der Basis eines gemeinsamen Wertekodex eingeschlagen.**

**8. Mit dem vereinigten Deutschland suchte die Sowjetunion, sucht die Russische Föderation eine „special relationship“ – vor allem in der Kooperation bei der Entwicklung einer modernen russischen Industrie. Dazu hatte die Bundesrepublik Deutschland schon während des Kalten Krieges beigetragen und sie ist auch heute bereit und in der Lage, die notwendige Modernisierung Russlands aktiv zu fördern. Für die Umsetzung dieses großen Modernisierungsprogramms sind aber verlässliche**

**unabhängige Gerichte eine unentbehrliche Voraussetzung. Das hat die heutige Führung in Moskau vielleicht erkannt, aber bislang nicht umgesetzt.**

**9. So haben wir es nicht mit einem „Wunder an der Spree“ zu tun, sondern mit den logischen, wenn auch politisch nicht vorbestimmten, sondern erarbeiteten Folgen des strategischen „Re-Alignments“ USA - China – Sowjetunion (Russland) zu tun, das sich zunächst als antisowjetische Allianz USA-China präsentierte und in Moskau die Alarmglocken schrill hatte erschallen lassen.**

**China und die Sowjetunion mussten Abschied vom historischen Determinismus der kommunistischen Lehre nehmen und sich auf den Weg einer zwar staatlich gelenkten kapitalistischen Wirtschaft begeben, um mit den verschiedenen Formen der kapitalistischen Wirtschaften in wirtschaftliche Konkurrenz treten zu können.**

**Moskau hat in diesem Zusammenhang Abschied von seiner ideologischen und militärischen Vorherrschaft im europäischen Vorfeld nehmen müssen.**

**Berlin, Februar 2011**

**Hans-Georg Wieck**